

Gegen die Primarschul-Zwangsbeglückung

Nachdrücklich hat der DPhV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger dafür plädiert, bei den Verhandlungen in Hamburg zwischen dem Senat und der Volksinitiative um die Einführung der Primarschule einen echten Kompromiss zu finden und dadurch einen unheilvollen Schulkampf zu verhindern. Gleichzeitig machte der Verbandschef aber deutlich, dass ein Festhalten von Schwarz-Grün an einer verpflichtenden, zwangsweisen Einführung der Primarschule keinen tragfähigen Kompromiss darstelle und auch keinen Schulfrieden schaffen könne.

„Wenn Frau Goetsch von ihrem Modell so überzeugt ist, dann muss sie auch keine Angst vor einer freiwilligen Einführung bei gleichzeitiger Evaluation haben! Auf Zwang setzen muss nur der, der sich seiner Sache nicht sicher ist, dem Argumente fehlen oder wer unbedingt die Bürger zu ihrem Glück zwingen zu müssen glaubt!“, so der DPhV-Vorsitzende.

Hart ins Gericht ging Meidinger mit den Behauptungen der Primarschulbefürworter, dass es mit der Primarschule mehr Bildungsgerechtigkeit, bessere Leistungen und einen dauerhaften Schulkompromiss geben werde. „Keines dieser Argumente trifft zu: Nirgendwo gibt es beim Übergang von der Grundschule ins Gymnasium weniger Bildungsgerechtigkeit als in den Bundesländern mit längerer Grundschulzeit, weil dort die bildungsinteressierten Eltern besondere Anstrengungen unternehmen, ihre Kinder außerschulisch zu fördern. Außerdem fällt durch die in Hamburg geplante Stadtteilschule, an der auch das Abitur erworben werden kann, das Argument, es werde zu früh aussortiert, komplett weg. Leistungsmäßig punkten zudem in Deutschland nur die Bundesländer mit vierjähriger Grundschule. Einen Schulkompromiss stellt die Primarschule schon deshalb nicht dar, weil er für Frau Goetsch nach wie vor nur eine Zwischenstation auf dem Weg zur neunjährigen Gesamtschule darstellt, der bereits nach den nächsten oder übernächsten Wahlen wieder in Frage gestellt und kassiert werden würde“, betonte er.

Der Verbandsvorsitzende bedauerte es, dass der vor drei Jahren zwischen SPD und CDU vereinbarte Schulkompromiss eines zweigliedrigen Schulsystems aus achtjährigem Gymnasium und Stadtteilschule von der Union nach den letzten Wahlen gekündigt worden sei. „Die Grundprobleme deutscher Bildungspolitik werden damit auch in Hamburg mit der beabsichtigten Einführung der Primarschule sichtbar: Bruch von Wahlversprechen, Sprunghaftigkeit statt Kontinuität, Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg, Partikularisierung und Atomisierung der deutschen Bildungslandschaft, Missbrauch der Kinder als Versuchskaninchen, da vorgeschaltete Modellversuche fehlen und Veränderungen im Hauruckverfahren!“

„In Hamburg geht es neben der Wiedergewinnung eines Schulfriedens um nichts weniger als den Erhalt des Gymnasiums als der profiliertesten leistungsorientierten Schulart in Deutschland. Wer wie Ole von Beust damit argumentiert, dass in Europa eine längere gemeinsame Grundschulzeit Standard sei (was wegen der Parallelität von Privatschulen und öffentlichen Schulen in vielen Ländern gar nicht stimmt), der müsste sich konsequenterweise auch vom Gymnasium verabschieden, – auch dieses gibt es nur in Deutschland. Damit würde man aber genau die Schulart opfern, die bei PISA mit Abstand und über die Bundesländer hinweg am besten abgeschnitten hat und die in Deutschland Synonym geworden ist für sozialen Aufstieg!“, sagte Meidinger.

Berlin, den 25. Januar 2010

Eva Hertzfeldt
Pressesprecherin

Deutscher Philologenverband e.V., Friedrichstraße 169/170, D-10117 Berlin,
Verantwortliche: **Eva Hertzfeldt, Pressesprecherin** · Tel. 0 30 / 40 81 67 89, Fax 0 30 / 40 81 67 77
Handy 0172 / 30 50 867, E-mail: presse@dphv.de
